

Fraktionsantrag

Vorlage Nr.: FA-StRQ/008/19

öffentlich

Antragsteller: **AfD-Fraktion**

Eingangsdatum:
23.09.2019

Antrag der AfD-Fraktion - Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	
17.10.2019	Stadtrat der Welterbestadt Quedlinburg	Entscheidung

Beschluss:

Der Stadtrat möge Folgendes beschließen:

Die Welterbestadt Quedlinburg fordert von der Landesregierung eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ab dem 01.01.2020.

Antragsteller:	Fiedler, Reinhard	<i>gez. R. Fiedler 23.09.2019</i>
Erforderliche Mitzeichnungen:		
Oberbürgermeister	Frank Ruch	<i>gez. F. Ruch 26.09.19</i>

Sachverhalt:

Der Bund der Steuerzahler Sachsen-Anhalt e. V. fordert die landesweite Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, wie bereits in einer Reihe anderer Bundesländer geschehen. Mit der Abschaffung würden nicht nur die Akzeptanzprobleme der Bürger entfallen, sondern auch die ineffizienten und ungerechten Erhebungen beseitigt werden

Straßenausbaubeiträge sind ungerecht, verwaltungsaufwendig und streitanfällig. Oft werden die Straßen von der Stadt nicht ordnungsgemäß unterhalten. In der Folge kommt es zur grundlegenden Sanierung der Straße, bei der die Anlieger im Rahmen der Beitragssatzung zur Kasse gebeten werden. Das ist ungerecht. Letztendlich hat die Welterbestadt Quedlinburg auch einen gewissen Anreiz, die laufende Unterhaltung einer Straße zu vernachlässigen, da sie bei der Sanierung Geld vom anliegenden Bürger einfordert.

Straßenausbaubeiträge sorgen außerdem für einen erheblichen Verwaltungsaufwand, Unfrieden und Rechtsstreitigkeiten zwischen der Stadt und ihren Bürgern. Das Verhältnis zwischen den Beitragseinnahmen und dem Erhebungsaufwand ist nicht vertretbar.

Als Argument gegen die Abschaffung wird häufig vorgebracht, dass erhebliche Einnahmeverluste durch die wegfallenden Beitragseinnahmen entstehen, die von der Stadt nicht verkraftet werden können. Das Land Sachsen-Anhalt muss hierbei in die Pflicht genommen werden!

P.S.

Anmerkung:

Die AfD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt hat mit der Registriernummer **Drs.-Nr. 7/3603** bereits im Januar von der Landesregierung die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gefordert. Dieser Antrag wurde von der Kenia-Koalition abgeschmettert. Monate später, zur Kommunalwahl haben SPD und Linke ihre Position geändert und gaben dieses Ansinnen nun bewusst fälschlicherweise als ihre Initiative aus.